



Rede und Anträge der SPD-Fraktion zum Haushalt 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Heininger,
sehr geehrter Herr Marzian,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eislingen,

vor einem Jahr stand vor allem die Corona-Pandemie im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit. Besorgt sahen wir angesichts steigender Infektionszahlen dem zweiten Corona-Winter entgegen. Zugleich machte sich aber auch vorsichtiger Optimismus breit. Harmlosere Virus-Varianten und eine steigende Impfquote sorgten für weniger schwere Infektionsverläufe. Man konnte davon ausgehen, dass das Leben bald wieder etwas normaler werden würde.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen waren geringer als zunächst befürchtet. Entgegen den vorsichtigen Planungen würde der Haushalt 2021 mit einem deutlichen Plus abschließen. Für die nächsten Jahre wurden auf Basis der Novembersteuerschätzung deutliche Zuwächse für das Bruttoinlandsprodukt vorhergesagt. Grund genug, uns zuversichtlich auf die Reise ins „Abenteuerland Zukunft Eislingen“, wie Sie, Herr Oberbürgermeister Heininger, es nannten, zu machen.

Durch den völkerrechtswidrigen Angriff Putins auf die Ukraine am 24. Februar ergab sich jedoch eine völlig neue Situation mit erheblichen Folgen auch für unser Leben. Natürlich sind in erster Linie die Ukrainerinnen und Ukrainer von den grausamen Auswirkungen dieses Krieges betroffen, und sie brauchen dringend unsere Solidarität und Unterstützung. Was in Eislingen von der Verwaltung und vielen Bürgerinnen und Bürgern für die rund 300 hierher Geflüchteten geleistet wird, ist großartig und verdient höchsten Respekt und Anerkennung!

Die Auswirkungen dieser neuen Krise beeinflussen die wirtschaftliche Lage weltweit. Erschreckend deutlich wird unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus sicher geglaubten Quellen. Die Preise für Energie, Lebensmittel und Konsumgüter schnellen in die Höhe. Dazu kommen Lieferprobleme und Fachkräftemangel. Baupreise steigen rasant, wie wir erst vor kurzem bei der Ausschreibung für die Kita im Tälesweg schmerzlich

erfahren mussten. Verlässliche Planungen, selbst für kurze Zeiträume, sind kaum mehr möglich.

Dass es unter solchen Voraussetzungen schwierig war und mehrerer Konsolidierungsrunden bedurfte, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, der wie wohl kein anderer zuvor viele Risiken beinhaltet und abdecken muss, glauben wir gerne. Wir danken an dieser Stelle allen Verantwortlichen, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben, vor allem Ihnen, Herr Marzian, ganz herzlich.

Im Vergleich zu vielen anderen Kommunen haben wir eine günstige Ausgangssituation. Wie sich diese in den kommenden Jahren weiterentwickeln wird, kann niemand verbindlich vorhersagen. Die aktuelle Steuerschätzung geht zwar von weiter steigenden Steuereinnahmen aus, allerdings wird auch ein nicht kalkulierbarer Teil der dadurch generierten Mehreinnahmen durch höhere Aufwendungen auf Grund der hohen Inflation geschluckt werden.

Wir teilen die Auffassung der Verwaltung, dass wir uns in dieser Situation auf das Wesentliche konzentrieren müssen und ein „Fahren auf Sicht“ notwendig ist, um auch in Zukunft handlungsfähig zu bleiben. Uns ist bewusst, dass sich dies nicht nur auf die finanzielle Seite bezieht. Wenn ein erheblicher Anteil des Verwaltungshandelns über Jahre durch Krisenbewältigung gebunden ist und wichtige Stellen über einen längeren Zeitraum nicht besetzt werden können, kann nicht alles umgesetzt werden, was wünschenswert ist. Sie beide, Herr Oberbürgermeister Heiningen und Herr Marzian, weisen zu Recht immer wieder darauf hin.

Bei der Erstellung unserer Haushaltsanträge hatten wir das im Hinterkopf und beschränken, uns deshalb auf die Themen, die uns in der aktuellen Situation besonders wichtig sind.

Wohnen in Eislingen

Wohnen ist ein Grundrecht und als solches in der Erklärung der allgemeinen Menschenrechte in Art. 25 verankert. Jedoch herrscht in weiten Teilen Deutschlands und auch bei uns in Eislingen extreme Wohnraumknappheit, vor allem im mittleren und unteren Preissegment. In Zeiten von Inflation und enorm hohen Energiepreisen darf jedoch angemessener Wohnraum nicht zu einem Luxusgut werden. Als große Kreisstadt müssen wir hier unserer Verpflichtung nachkommen und deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Für den Erwerb von Mietwohnungen im Klingengraben sind in den nächsten beiden Jahren insgesamt 4.500.000 € eingeplant. Für den Erwerb eines weiteren Wohngebäudes sollen 2025 und 2026 weitere 4.000.000 €

bereitgestellt werden. Dafür werden 3.150.000 € an Zuschüssen aus dem Förderprogramm Wohnungsbau Baden-Württemberg erwartet. Damit wird eine langjährige Forderung der SPD-Fraktion, den Bestand an stadteigenen Wohnungen zu vergrößern, angegangen. Auch wenn zur Finanzierung Kreditaufnahmen nötig sein werden, halten wir diese Maßnahmen für richtig.

Des Weiteren wäre die sinnvollste Maßnahme, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft. Nur wenn wir Wohnungen im Eigentum haben, können wir **nachhaltig** preisgünstigen Wohnraum anbieten, und, Fördermittel des sozialen Wohnungsbaus verbleiben in der Hand der Steuerzahlenden.

Leider werden wir wohl für diesen guten Vorschlag auch in naher Zukunft keine Zustimmung im Gremium bekommen. (Es gab ja von uns in der Vergangenheit immer wieder HH-Anträge in diese Richtung.) Deshalb machen wir dieses Jahr einen anderen Vorschlag: Wir **beantragen**, dass externe Bauträger dazu verpflichtet werden, Zuschüsse für den Bau sozial gebundenen Wohnraums aus Förderprogrammen des Landes und des Bundes zu beantragen. Dies birgt für beide Seiten Vorteile: Die Bauträger haben die Chance, einen finanziellen Zuschuss zu erhalten, wodurch es attraktiver wird, Wohnbauprojekte auf die Beine zu stellen. Wir als Stadt können im Fall der Förderung davon ausgehen, dass eine angemessene Sozialbindung vom Bauträger eingehalten wird. **(Antrag 1)**

Zusätzlich sollten wir nicht allein auf den Neubau von Wohnungen setzen, sondern auch den Kauf geeigneter gebrauchter Immobilien in Betracht ziehen. Wir **beantragen** deshalb, dass die Stadt Möglichkeiten des Erwerbs von Bestandswohnraum prüft und, gegebenenfalls ergreift. **(Antrag 2)**

Beim Thema Wohnen erinnern wir auch an unseren Antrag auf **Einrichtung eines Quartiersmanagements** vom letzten Jahr. Von der Verwaltung wurde auf das im Rahmen des IBA-Gebiets Klingengraben vorgesehene Quartiersmanagement verwiesen. Außerdem wurde zugesagt, mit dem Quartiersmanagement in Göppingen Kontakt aufzunehmen, sowie eine Beratung im Gemeinderat am 21. November 2022 angekündigt. Wir gehen davon aus, dass dies nun frühzeitig im nächsten Jahr erfolgen wird. Dabei halten wir es für sinnvoll, je einen Erfahrungsbericht über Quartiersmanagement in einem bestehenden Quartier und in einem Neubauquartier zu erhalten.

Wohnungsnothilfe

Durch die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt und die eklatant gestiegenen Nebenkosten erhöht sich die Gefahr, dass Menschen von Obdachlosigkeit bedroht werden und Hilfe brauchen. So ergaben verschiedene Untersuchungen (z.B. vom statistischen Bundesamt), dass rund ein Drittel der privaten Haushalte keine ausreichenden finanziellen Rücklagen

besitzt, um die momentanen Kostensteigerungen bei Energie- und Konsumausgaben, auszugleichen. Das wird in nicht wenigen Fällen zu Mietrückständen und möglicherweise Wohnungskündigungen führen.

Mit der Stelle für Wohnungsnothilfe haben wir in Eislingen ein einmaliges Instrument zur Verhinderung von Obdachlosigkeit geschaffen. Der eindrucksvolle Bericht von Herrn Fahrner am 4. Juli im KSSA zeigt, wie wichtig und im wahrsten Sinne Notwendig diese Arbeit ist. Es wurde aber auch deutlich, dass Herr Fahrner, der hier mit großem Engagement und sehr erfolgreich wirkt, mehr als ausgelastet ist und nicht mehr Fälle bearbeiten kann als bisher. Wir **beantragen** deshalb, die Stelle der Wohnungsnothilfe auf 100% aufzustocken. **(Antrag 3)**

Bildung und Betreuung

Wir sind zu Recht stolz auf unsere hohen Standards in Kitas und Schulen und wollen das auch bleiben.

Der Bau der Kita im Tälesweg hat letzte Woche begonnen, der „Turbo-Kindergarten“ im Beund wird bereits zum nächsten Kindergartenjahr eröffnet werden. Erweiterungen des Erich Kästner Gymnasiums und der Silcherschule, die beide unter erheblichen Raumproblemen leiden, sind jeweils mit entsprechenden Beträgen in der Finanzplanung abgebildet.

Nach Vorliegen der Schulentwicklungsplanung muss unverzüglich in die Detailplanung an den betreffenden Schulen eingestiegen werden. Wegen steigender Schülerzahlen und des ab 2026 geltenden Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung in der Grundschule hat diese Aufgabe höchste Priorität. Ein konkretes Beispiel für die Brisanz: Sollten im kommenden Schuljahr zwei weitere Klasse an der Silcherschule gebildet werden müssen, steht die beengte Schule vor einem fast unlösbaren Problem. Beim Erich Kästner Gymnasium ist das Problem ähnlich gelagert.

Des Weiteren: Sobald das Ergebnis des von der SPD-Fraktion beantragten Prüfauftrags zur Verbesserung der Mittagsverpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schulen vorliegt, sollte dieses in die Gesamtplanung einbezogen werden.

Auch die Gestaltung der Schulstraße muss neu überdacht werden. Die gefährliche Situation, die dort sehr oft durch Elterntaxis entsteht, scheint sich zwar in Folge der Aktion der Silcherschule „Zu Fuß zur Schule“ vorläufig entspannt zu haben. Dennoch bleibt die Lage dort unbefriedigend.

Seit diese Straße 2012 neu gestaltet wurde, hat sich viel geändert. Es gibt dort keinen Getränkemarkt und nun auch keine Gaststätte mehr. Durch die geplante Erweiterung der Silcherschule ergeben sich neue Funktionen für

diesen Bereich. Wir sind der Meinung, dass deshalb die Idee einer Campuslösung für die Schulstraße neu geprüft werden muss. Wir **beantragen** die Sperrung der Schulstraße für den Durchgangsverkehr mit Fahrberechtigung nur für Anwohner. **(Antrag 4)**

Rad fahren in Eislingen

Mit der Umsetzung weiterer Bausteine des Radverkehrskonzepts wird Radfahren in Eislingen attraktiver und sicherer. Maßnahmen, wie die Ausweisung von Fahrradstraßen, der Umbau der Hirschkreuzung zum Kreisverkehr und die Umsetzung des Tempo 30-Konzepts schaffen die Voraussetzungen dafür, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger das Fahrrad als umweltfreundliches und innerorts oft auch schnelleres Alltagsfahrzeug entdecken werden und leisten einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende.

Zweiradüberholverbot in der Hauptstraße

Sehr häufig wird beim Überholen von Radfahrenden durch Kraftfahrzeuge der Mindestüberholabstand von 1,50 m nicht eingehalten. Dadurch ergeben sich zwischen Öschstraße und Oyonnaxkreisel tagtäglich gefährliche Situationen, vor allem auch durch zu knappe Einscheren bei Gegenverkehr. In diesem Bereich sind auf beiden Seiten Parkplätze angeordnet, so dass Radfahrerinnen und Radfahrer zur Vermeidung von Dooringunfällen einen Sicherheitsabstand von mindestens einem Meter zum geparkten Auto einhalten müssen. Eigentlich ist dadurch schon regelkonformes Überholen nicht möglich. Wir **beantragen** deshalb die Anordnung eines Zweiradüberholverbots in der Hauptstraße von der Öschstraße bis zum Oyonnaxkreisel. **(Antrag 5)**

Fahrradabstellplätze

An mehreren Stellen in der Stadt gibt es zu wenig sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, z. B. in der Hindenburgstraße vor dem Ärztehaus, in der Hauptstraße zwischen den beiden Kreisverkehren, bei der Stadthalle. Wir **beantragen**, die Abstellmöglichkeiten an diesen Stellen zeitnah zu erhöhen. **(Antrag 6)**

Beschleunigter Ausbau der Photovoltaik auf den Dächern städtischer Liegenschaften

Mit dem Masterplan Photovoltaik, der am 30.05.2022 im Gemeinderat beschlossen wurde, haben wir eine gute Basis für den Ausbau regenerativer Stromerzeugung. Die Installation von PV-Anlagen auf den Dachflächen des Hallenbads und der Mensa Ösch wurde unlängst beauftragt und

erfreulicherweise bereits begonnen. Angesichts der explodierenden Strompreise und der Unwägbarkeiten auf dem Energiesektor ist es aber notwendiger denn je, auf diesem Gebiet schneller weiterzukommen.

Wissend um die Aufgabenfülle, die die Verwaltung zu bewältigen hat, **beantragen** wir, die Fremdvergabe für mindestens 500 kW PV - Projekte jährlich. Damit wären alle im Masterplan aufgeführten sinnvollen Projekte in vier bis fünf Jahren umgesetzt. Hierfür sind 500.000 € jährlich in den Haushalt einzustellen. **(Antrag 7)**

Wir **beantragen** außerdem, zur Aktivierung notwendiger Finanzierungsmittel die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern, durch Gründung einer Energiegenossenschaft oder im Rahmen der Stadtwerke zu prüfen. **(Antrag 8)**

Energieautarkie

Als zusätzlichen Schritt in Richtung nachhaltiger Energiepolitik beantragen wir, alle eigenen Stromerzeugungsanlagen bei einem zuverlässigen Stromhändler zu poolen, um den selbst erzeugten Strom virtuell auch selbst nutzen zu können. Auf dem Markt gibt es erfahrene Unternehmen, die dieses Modell anbieten.

Wir **beantragen** deshalb, dass die Verwaltung bis Ende Juni 2023 ein Konzept mit einem Dienstleister erstellt. **(Antrag 9)**

Wärmestuben

Der deutsche Städtetag hat angesichts einer drohenden Gasmangellage vorausschauende Maßnahmen empfohlen. Städte und Gemeinden sollten unter anderem über Wärmehallen für den Winter nachdenken. Daher **beantragen** wir zu prüfen, welche städtischen Liegenschaften dafür geeignet sind. **(Antrag 10)**

Zum Schluss danke ich noch einmal allen, die an der Erstellung dieses Haushaltsplanentwurfs mitgearbeitet haben, Herrn Oberbürgermeister Heininger, Herrn Marzian und dem gesamten Team der Stadtkämmerei. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt, für Ihre im dritten Krisenjahr geleistete engagierte Arbeit, bei den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die erfolgreiche Zusammenarbeit und bei meiner Fraktion für die gemeinsame Erstellung unserer Anträge.

Eislingen, 8. 12. 2022

Angela Schirling, Ingrid Held, Leon Held, Gudrun Igel-Mann, Uwe Reik